



CONSEJO EPISCOPAL LATINOAMERICANO
DEPARTAMENTO DE JUSTICIA Y SOLIDARIDAD

INTERNACIONALES SEMINAR

Extraktive Industrien (Bergbau und Ölförderung), die Problematik der nicht erneuerbaren natürlichen Ressourcen in Lateinamerika und der Auftrag der Kirche Lima, 14.-16. Juni 2011

SCHLUSSDOKUMENT

Die Kirche erkennt die Bedeutung der extraktiven Industrien und den Nutzen an, den sie der menschlichen Gemeinschaft, den Volkswirtschaften und dem Fortschritt der gesamten Gesellschaft bringen können.

Sie begrüßt das Verantwortungsbewusstsein der verschiedenen Akteure (Unternehmer, Staatsbedienstete, Ingenieure und Techniker), die sich bemühen, über die bloße Einhaltung von Rechtsvorschriften hinaus die körperliche Unversehrtheit der Arbeitskräfte, der lokalen Bevölkerung und der indigenen Völker zu schützen und die Umwelt zu schonen. Die Kirche schätzt dieses verantwortungsvolle Vorgehen, mit dem das Wohl der Menschen auf der Grundlage des Rechts und demokratischer Praktiken gefördert wird.

1. Es wird festgestellt, dass sich sowohl die formellen als auch die informellen extraktiven Industrien in den meisten Ländern Lateinamerikas und der Karibik rasch ausweiten und die damit verbundenen Aktivitäten oftmals nachteilige Folgen für das Leben der benachbarten Bevölkerung haben. Wie es im Dokument von Aparecida heißt, „... gibt es eine irrationale Ausbeutung, die eine Spur der Verschwendung und sogar des Todes durch unsere gesamte Region zieht“ (DA¹, 43).
2. Die Kirche kann gegenüber den Sorgen, Ängsten und Nöten der Menschen, insbesondere der Armen und Bedrückten, nicht gleichgültig bleiben². Die Abteilung Gerechtigkeit und Solidarität des Lateinamerikanischen Bischofsrats (CELAM) veranstaltete deshalb mit Unterstützung von Misereor vom 14.-16. Juni 2011 ein Seminar über „extraktive Industrien und den Auftrag der Kirche“ in Chaclacayo (Peru). Erzbischöfe, Bischöfe, Priester, Ordensfrauen, führende Vertreter sozialer Bewegungen, Fachkräfte und Wissenschaftler aus 17 Ländern nahmen daran teil. Sie kamen aus Lateinamerika, der Karibik, den USA, Kanada und Europa.

¹ Schlussdokument der 5. Generalversammlung des Episkopats von Lateinamerika und der Karibik (2007) in Aparecida (im Folgenden: DA).

² Vgl. Pastoralkonstitution „Gaudium et Spes“ (GS), Vat. II, 1.



CONSEJO EPISCOPAL LATINOAMERICANO
DEPARTAMENTO DE JUSTICIA Y SOLIDARIDAD

3. Ziel der Veranstaltung war es, die Auswirkungen extraktiver Aktivitäten aus sozialer, politischer, wirtschaftlicher und ökologischer Sicht zu untersuchen und dazu pastorale Leitlinien zu entwickeln.
4. Dem Seminar waren mehrere Konferenzen vorausgegangen: Quito (3.-8. August 2009), Manaus (1.-4. Oktober 2009), Buenos Aires (20.-25. August 2010) und Rom (1.-2. Oktober 2010). Auf diesen Tagungen wurden verschiedene Fragen des globalen Gemeinwohls und der Wahrung der Schöpfung erörtert.
5. Unsere Überlegungen begannen mit einer Analyse der aktuellen Situation. Ihr folgte das Sehen der Wirklichkeit im Lichte des Glaubens auf der Grundlage des Evangeliums und der kirchlichen Soziallehre. Auf diesem Wege sollten die geeignetsten pastoralen Aktionslinien herausgearbeitet werden, denn: „[...] *Die Grundsätze der Soziallehre lassen sich gewöhnlich in folgenden drei Schritten verwirklichen: ...Diese drei Schritte lassen sich (mit) den drei Worten ausdrücken: sehen, urteilen, handeln.*“³

DER VERWUNDETE PLANET

6. Neben der weltweiten Zunahme extraktiver Industrien beobachten wir eine Verlagerung der Investitionsströme infolge sich erholender Rohstoffpreise. Neue Akteure wie Brasilien, Indien und China haben die Bühne betreten und tragen zu einer Steigerung der Nachfrage bei. Hierdurch werden die Metallpreise massiv in die Höhe getrieben. Es besteht also eine zunehmende Nachfrage nach Rohstoffen, und zwar sowohl von Seiten der Schwellenländer als auch der Industriestaaten. Einige Industrieländer haben sogar mittel- bis langfristige Strategien entwickelt, um ihre Versorgung sicherzustellen, und sie definieren diese Versorgungssicherheit letztlich als Frage der nationalen Sicherheit.
7. Im Rahmen des Seminars befassten wir uns mit Zeugenaussagen über Konflikte in mehreren lateinamerikanischen Ländern zwischen dem Staat, den Privatunternehmen und Bevölkerungsgruppen, die von extraktiven Aktivitäten betroffen sind. In diesen Aussagen spiegelt sich eine schwerwiegende soziale und ökologische Problematik wider.
8. Es wird festgestellt, dass sich die transnationalen Unternehmen mitunter verantwortungslos verhalten und mit ihren Aktivitäten gegen international anerkannte Sozial- und Umweltstandards verstoßen. Gleichzeitig bleiben viele Nationalstaaten diesen rechtswidrigen Praktiken gegenüber gleichgültig bzw. sehen untätig zu.

³ Enzyklika „Mater et Magistra“, Papst Johannes XXIII., 236. Anm. d. Ü.: In der vom Vatikan veröffentlichten deutschen Fassung fehlt das Wort „mit“.



CONSEJO EPISCOPAL LATINOAMERICANO
DEPARTAMENTO DE JUSTICIA Y SOLIDARIDAD

9. Erwiesenermaßen werden bei der industriellen Erschließung und Ausbeutung von Bodenschätzen und Ölvorkommen verschiedenartige chemische Substanzen und Rückstände freigesetzt, verbreitet und abgelagert. Hierzu gehören Natriumcyanid, Blei, Arsen, Uran, Quecksilber und andere Schwermetalle. Durch diese Stoffe werden die Wasserressourcen (Gletscher, Seen, Flüsse und Grundwasser), die Luft und der Boden entweder unmittelbar oder durch Versickerungen verunreinigt. In einigen Fällen bleibt die Verschmutzung über Jahrtausende hinweg bestehen und führt zu schweren Erkrankungen und Genmutationen. Dies sowie die Zerstörung von Böden (Auswaschung) und Landschaften, die für verschiedene indianische Gemeinschaften heilig sind, führen zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Lebensqualität sowohl von Menschen als auch von Tieren und Pflanzen. Es wird festgestellt, dass bei den lokalen Bewohnern und in den vom informellen sowie in einigen Fällen auch vom formellen Bergbau betroffenen Anliegergemeinden zunehmend Erkrankungen auftreten. In der Regel werden die Arbeiter und die ortsansässige Bevölkerung ihrem Schicksal überlassen.
10. Generell beeinträchtigen die extraktiven Industrien, die nicht sachgerecht mit den Wasserressourcen umgehen, das Menschenrecht auf Wasser als öffentliches Gut, die Nahrungsmittelproduktion und die Landwirtschaft. Dies wiederum führt zur Abwanderung, so dass ganze Gemeinden zu „Umweltflüchtlingen“ werden. Sie sind Opfer einer informellen Ökonomie und mitunter auch einer formellen Wirtschaftsaktivität neoliberalen Zuschnitts, die sich in starkem Maße auf extraktive Tätigkeiten und den Verkauf von Rohstoffen auf dem Weltmarkt stützt. Hierdurch werden Lebenspläne von unschätzbarem Wert für die Gemeinden zerstört.
11. Gleichzeitig ist eine zunehmende Konzentration von Landbesitz- und -nutzungsrechten in den Händen transnationaler Unternehmen zu beobachten, die oftmals auch eine starke soziale Kontrolle über ausgedehnte Gebiete ausüben.
12. Extraktive Industrien und insbesondere der Bergbau benötigen Technologie in großem Umfang und beschäftigen nur wenige Arbeitskräfte. Sie schaffen zwar Arbeitsplätze, doch nur für begrenzte Zeit. Oftmals handelt es sich dabei um Unterbeschäftigungsverhältnisse oder „Serviceverträge“, durch die die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern verletzt werden. Im informellen Bergbau wird eine steigende Zahl tödlicher Arbeitsunfälle beobachtet. Fairerweise muss eingeräumt werden, dass die Zahl von Arbeitern, die im formellen Bergbau aufgrund von Verstößen gegen die Sicherheitsvorschriften durch Arbeitsunfälle ums Leben kommen, erheblich zurückgegangen ist.
13. Die Steuerzahlungen der Abbaunternehmen vergrößern die Staatseinnahmen beträchtlich. Andererseits aber werden diese Beiträge durch Vergünstigungen sowie handels-, steuer- und umweltpolitische Stabilitätsvereinbarungen auf ein Minimum reduziert. In Mittelamerika hat sich die Politik der Steuerbefreiungen derart



CONSEJO EPISCOPAL LATINOAMERICANO
DEPARTAMENTO DE JUSTICIA Y SOLIDARIDAD

weitgehend durchgesetzt, dass die Steuerpflicht auf nur noch 5 % zurückgegangen ist. In mehreren Ländern der Region, deren Unternehmen aufgrund der hohen Marktpreise für Metalle erhebliche Ertragssteigerungen erzielen konnten, wird deshalb die Frage der Besteuerung von Gewinnen aus dem Bergbau diskutiert.

14. Auch beobachten wir mit Sorge, dass der informelle Bergbau in mehreren Ländern Lateinamerikas erhebliche Gesundheitsschäden für die Menschen mit sich bringt und die Umwelt in einem Maße schädigt, dass die Lebenskreisläufe in seinem Einflussbereich zerstört werden.

DIE STAATEN

15. Extraktive Aktivitäten werden mehrheitlich von transnationalen Privatunternehmen betrieben. Ihrer wirtschaftlichen Macht gegenüber sind die Nationalstaaten und deren Souveränität zunehmend geschwächt. Dies gilt insbesondere für die Lokalregierungen. Oftmals werden die Nationalregierungen nur unzureichend ihrer Aufgabe gerecht, die Einhaltung der nationalen Umweltschutzbestimmungen durchzusetzen und einzufordern. Sie lassen eine Flexibilisierung ihrer Rechtsvorschriften zu und nutzen Gesetzeslücken zugunsten der Unternehmen, anstatt die Rechte der Bevölkerung zu verteidigen und zu schützen. Dies aber ist die grundlegende Aufgabe eines jeden Staates.
16. Wir beobachten eine Zunahme der Korruption und eine Schwächung der Regierungsführung sowie des Justizsystems. Oftmals mangelt es nachweislich an Transparenz im Hinblick auf die Inhalte von Dokumenten, die die Beziehungen zwischen dem Staat und den Abbauunternehmen regeln. Hierzu gehören unter anderem: Konzessionsverträge, Umwelt- und Sozialverträglichkeitsstudien und Umweltmonitoring-Berichte über die Betriebsausübung. In vielen Ländern Lateinamerikas und der Karibik ist der freie Zugang zu den aktuellen Registern von Bergbaukonzessionen nicht gewährleistet.
17. Viele Sozial- und Umweltkonflikte lassen sich darauf zurückführen, dass "von den Entscheidungen über die Reichtümer der Artenvielfalt und der Natur (...) die traditionellen Bevölkerungen praktisch ausgeschlossen worden (sind)" (DA 84). Für entstehende Konflikte sind keine Mechanismen für den Dialog geschaffen worden, so dass häufig die Tendenz besteht, den sozialen Protest zu kriminalisieren.
18. Oftmals werden die Rechte der Bevölkerung von staatlichen oder auch privaten Sicherheitskräften mit Füßen getreten. In einigen Fällen sind bewaffnete Guerilla-Gruppen oder Paramilitärs an der Ausbeutung von Naturgütern beteiligt; in anderen verhindern sie gewaltsam die Abbauaktivitäten.



CONSEJO EPISCOPAL LATINOAMERICANO
DEPARTAMENTO DE JUSTICIA Y SOLIDARIDAD

19. Der Staat sieht vielfach von einer vorherigen Konsultation der potenziell betroffenen indigenen Völker ab. Eine solche Anhörung aber muss über den Staat erfolgen und darf nicht der Privatwirtschaft überlassen werden. So wird es in Artikel 6.2 der Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sowie in Art. 19 der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker verlangt. Vor allem aber erweisen sich die Staaten bei der Wahrnehmung ihrer öffentlichen Aufgaben oftmals als ineffizient, wenn es um Umweltverträglichkeitsprüfungen, die Genehmigung von Umweltzertifikaten und das Monitoring der Umweltverträglichkeit von Betrieben geht. Dies schafft Bedingungen, durch die Korruption und ungesunde Verquickungen zwischen Staatsbediensteten und der Privatwirtschaft begünstigt werden. Darüber hinaus muss ein Mindestmaß an Freiheit, Information und gutem Glauben gewährleistet sein, um eine freie und informierte Zustimmung der betroffenen Völker zu erreichen.
20. Darüber hinaus müssen weitere Fragen im Hinblick auf die Einhaltung der genannten ILO-Konvention 169 und die Rechte der indigenen Völker vertieft werden. Hervorzuheben ist auch, dass es an wirksamen Mechanismen fehlt, um die multinationalen Konzerne zur Ordnung zu rufen und sie bestrafen zu können, wenn sie national und international anerkannte Garantien verletzen.

DIE KIRCHE

21. Wir stehen auf unserem Kontinent vor einem Szenario zunehmender Umwelt- und Sozialkonflikte. Es erfüllt uns mit Sorge, dass viele Seelsorgerinnen und Seelsorger, führende Vertreterinnen und Vertreter sozialer Bewegungen, Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger sowie Menschen, die sich für den Schutz der Umwelt und den Erhalt der natürlichen Ressourcen einsetzen, bedroht und verfolgt werden. Jesus aber bestärkt sie, indem er sagt: "Selig sind die Friedfertigen, denn sie werden Gottes Kinder heißen. Selig sind, die um der Gerechtigkeit willen verfolgt werden, denn ihrer ist das Himmelreich" (Mt 5,9-10). Unsere Völker sehnen sich nach einer menschlichen, ganzheitlichen, solidarischen und nachhaltigen Entwicklung (vgl. DA 474c).
22. Von besonderer Bedeutung ist darüber hinaus die begleitende Unterstützung der Kirche und deren Mitwirkung an den Bildungsprozessen und der Bewusstseinsbildung in den Gemeinden. Ihre aktive Präsenz an der Seite der Bevölkerung hat entscheidend dazu beigetragen, den Dialog zu fördern, Gewalt zu verhindern und die Zivilgesellschaft weltweit zur Solidarität und zum partnerschaftlichen Engagement aufzurufen, z. B. durch Bündnisse mit den betroffenen Gemeinden auf der Ebene von betrieblichen Gewerkschaftsgruppen, Kooperativen und sonstigen Organisationen. Es ist von entscheidender Bedeutung, diese Erfahrungen zu kennen, zu dokumentieren, aufzubereiten und Lehren daraus



CONSEJO EPISCOPAL LATINOAMERICANO
DEPARTAMENTO DE JUSTICIA Y SOLIDARIDAD

zu ziehen, um mit den Abbaununternehmen und den staatlichen Instanzen wirksam interagieren zu können.

ERMUTIGENDE ZEICHEN

23. Wenngleich in einigen Ländern ein neoliberales, auf extraktive Tätigkeiten gestütztes Wirtschaftsmodell vorherrscht, beobachten wir voller Hoffnung neue Entwicklungsansätze, die auf ganzheitliche Konzepte ausgerichtet sind und dabei soziale, kulturelle und ökologische Aspekte einbeziehen.
24. Die Bevölkerungen haben verschiedene Strategien entwickelt, und neue Organisationen haben die Bühne betreten, die als Antwort auf den Konflikt Kapazitäten aufbauen, um ihre Kenntnisse zu erweitern und Vorschläge zu erarbeiten. Auch entstehen Bündnisse mit anderen gesellschaftlichen Gruppen, um Einfluss auf die Gestaltung öffentlicher Politiken zu nehmen. Hierdurch werden Lernerfahrungen mit Blick auf die Entwicklung von Übergangsszenarien als Alternativen zu unkontrollierten Abbauaktivitäten gewonnen.
25. In den einkommensstärkeren Industriestaaten entwickeln sich wichtige Bürgerbewegungen, die den konsumorientierten Lebensstil in Frage stellen. Sie fordern Solidarität mit den Gemeinden und Völkern des Südens sowie Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten über das Verhalten von Unternehmen und die Gestaltung öffentlicher Politiken in ihren Ländern. Darüber hinaus sind interessante Systeme zur internationalen Zertifizierung und zum fairen Handel entwickelt worden. Sie erleichtern es den Konsumentinnen und Konsumenten der reicheren Länder, Produkte zu erwerben, bei deren Herstellung die negativen sozialen Auswirkungen und die Belastung der Ökosysteme in den Ländern des Südens sowie der dort lebenden Männer und Frauen minimiert werden.
26. Verschiedene Erfahrungen zeigen, dass eine rationelle und verantwortungsbewusste extraktive Tätigkeit denkbar ist, die in Einklang mit der Landwirtschaft und internationalen Standards betrieben werden kann und dementsprechend die Nachhaltigkeit, die gesellschaftliche Beteiligung, die Regulierung und die Minimierung der Umweltbelastungen berücksichtigt. Es müssen Informationen und Erkenntnisse darüber zusammengetragen werden, welche normativen, sozialen, kulturellen und politischen Rahmenbedingungen solche Erfahrungen möglich gemacht haben, um herauszufinden, inwieweit sie auf andere Orte übertragbar sind.



CONSEJO EPISCOPAL LATINOAMERICANO
DEPARTAMENTO DE JUSTICIA Y SOLIDARIDAD

DIE ERDE: GEMEINSAME WOHNSTÄTTE UND ORT DER BEGEGNUNG

27. Nach dem christlichen Glauben ist unsere Erde Gottes Schöpfung. Deshalb müssen wir respektvoll mit ihr umgehen. Die Menschen, geschaffen nach dem Ebenbild Gottes (Gen 1,26), sind aufgerufen, die Güter der Schöpfung verantwortungsvoll zu verwalten. Wir haben nicht das Recht, die Ressourcen der Erde auszubeuten und dabei „auf irrationale Weise die Quellen des Lebens“ (DA 471) zu vernichten. Gott hat das Leben in seiner großen Vielfalt geschaffen (Gen 1,11,12,20). Unser lateinamerikanischer Kontinent gehört zu den Regionen der Erde mit der größten Artenvielfalt von Pflanzen und Tieren⁴. Dies ist ein unverdientes, zerbrechliches Erbe, „das wir geschenkt bekommen haben, um es zu schützen“ (DA 471).
28. Eine wesentliche Grundlage für die Bewahrung der Schöpfungsgüter ist der Bund des Schöpfers mit allen Wesen aus Fleisch auf der Erde (Gen 9,17). Die kirchliche Soziallehre betont: „Eine richtige Auffassung von der Umwelt darf (...) die Natur nicht zu einem bloßen Objekt von Manipulation und Ausbeutung machen“⁵. Im Gegenteil: Die Eingriffe des Menschen in die Natur müssen von Respekt vor den anderen Menschen und ihren Rechten und ebenso von Respekt vor den anderen lebendigen Geschöpfen geleitet sein.⁶ Dies schließt auch die Verantwortung mit ein, den künftigen Generationen eine bewohnbare Erde zu hinterlassen.
29. Wir bekräftigen die Notwendigkeit, den Planeten Erde als „gemeinsame Wohnstätte“ aller Lebewesen zu bewahren. Der selige Papst Johannes Paul II. warnte uns vor den Gefahren, die eine alleinige Betrachtung unseres Planeten als Quelle wirtschaftlicher Güter mit sich bringt: „[...] Die Umwelt als ‚Ressource‘ läuft Gefahr, die Umwelt als ‚Wohnstätte‘ zu bedrohen“⁷. Neben anderen zulässigen Tätigkeiten wie der Viehhaltung, der Landwirtschaft und der Aquakultur und ebenso auch rechtswidrigen Aktivitäten wie dem Koka- oder Mohnanbau für den Drogenhandel müssen deshalb auch die langfristigen Umweltkosten der extraktiven Aktivitäten bewertet werden.
30. In seinen Worten und Werken verkündete Jesus, Gott sei der Gott des Lebens. Die Treue zum Evangelium fordert von uns, in der gesamten Schöpfung das Leben als Gabe Gottes zu sehen. Diese ganzheitliche, von wechselseitiger Abhängigkeit geprägte Dimension all dessen, was geschaffen wurde, ist eine Verpflichtung zu menschlicher Verantwortung.

⁴ Vgl. DA 83.

⁵ Kompendium der Soziallehre der Kirche (im Folgenden: KSLK), 463.

⁶ Vgl. KSLK, 459.

⁷ Papst Johannes Paul II.: Ansprache an die Teilnehmer eines internationalen Kongresses zum Thema „Umwelt und Gesundheit“ (24. März 1997), 2 (KSLK, 461).



CONSEJO EPISCOPAL LATINOAMERICANO
DEPARTAMENTO DE JUSTICIA Y SOLIDARIDAD

31. Zwischen der Nachfolge Jesu und dem Auftrag besteht eine enge Verbindung: Der Auftrag muss im Dienste des Lebens der lateinamerikanischen Völker stehen. Dies wird auch von den Bischöfen im Schlussdokument von Aparecida betont: Dort heißt es, „dass der missionarische Auftrag der Evangelisierung nicht von der Solidarität mit den Armen und deren ganzheitlicher Förderung getrennt werden darf“ (DA 545). Denn „die Lebensumstände, durch die viele Menschen missachtet, ausgeschlossen, ihrem Leid und Elend überlassen bleiben, widersprechen diesem Projekt des Vaters und drängen die Gläubigen, sich stärker zugunsten der Kultur des Lebens zu engagieren. Das Reich des Lebens, das Christus uns durch sein Kommen bringen wollte, ist mit diesen unmenschlichen Lebensumständen nicht zu vereinbaren. Wenn wir versuchen, vor diesen Realitäten die Augen zu verschließen, begeben wir uns auf den Weg des Todes, statt für das Reich des Lebens einzutreten“ (DA 358).
32. Im Geiste Jesu zu leben beinhaltet die Aufforderung an uns, die Option für die Armen zu bekräftigen. Sie sind die bevorzugten Adressaten des Reiches Gottes und die ersten Opfer der negativen Auswirkungen des herrschenden sozioökonomischen Modells und der Naturkatastrophen als Folge des globalen Klimawandels.
33. Auf der Suche nach einer ganzheitlichen, solidarischen Entwicklung werden wir vom geistlichen Leben der indigenen Völker und der Völker afrikanischer Abstammung inspiriert, die sich seit ihren Ursprüngen als Teil der „Mutter Erde“ begreifen und sich auf die Erde als „Gebälerin des Lebens“ beziehen. In den ursprünglichen Kulturen herrscht ein Geist, der die Weisheit und die Kraft Gottes in der Schöpfung erkennt. Dies ist für sie der Ansporn, das „Gute Leben“ anzustreben. In Anerkennung dessen haben alle in der Vollversammlung der Vereinten Nationen vertretenen Nationen der Welt einstimmig eine Resolution verabschiedet, die den 24. April zum Internationalen Tag der Mutter Erde bestimmt.
34. Im Hinblick auf die Aktivitäten der extraktiven Industrien und die Nutzung der nicht erneuerbaren natürlichen Ressourcen muss die universelle Bestimmung der Schöpfungsgüter, insbesondere der lebenswichtigen Ressourcen wie Wasser, Luft und Boden, als Grundsatz berücksichtigt werden. Hierin liegt das Grundprinzip jeder sozialetischen Ordnung.⁸
35. Das gegenwärtige Wirtschaftsmodell stützt sich in seiner Energiematrix auf die fossilen Brennstoffe, auf Gewinnerzielung um jeden Preis und eine scheinbar grenzenlose Steigerung des Konsums. Dies führt zur Überausbeutung und folglich zu einer zunehmenden Verknappung nicht erneuerbarer Ressourcen sowie zur Erderwärmung durch den Ausstoß von Treibhausgasen, begleitet von einer Verschärfung des weltweiten Klimawandels. Das beschleunigte Abschmelzen der

⁸ Vgl. Enzyklika „Laborem Exercens“ von Papst Johannes Paul II., 19.



CONSEJO EPISCOPAL LATINOAMERICANO
DEPARTAMENTO DE JUSTICIA Y SOLIDARIDAD

Pole und der tropischen Gletscher in den Anden sowie die Abholzung des Amazonasgebiets sind nur einige der Symptome für die mangelnde Nachhaltigkeit des gegenwärtigen Wirtschaftsmodells. Durch dieses Modell werden Ungleichheit und Individualismus gefördert und das Überleben unseres Planeten gefährdet. Demgegenüber stellt uns das Schlussdokument der 5. Generalversammlung des Episkopats von Lateinamerika und der Karibik in Aparecida vor die Herausforderung, "ein alternatives Modell für ganzheitlich solidarische Entwicklung (zu) suchen" (DA 474 c).

36. Ein weiteres Grundprinzip der Soziallehre, von der sich die Kirche in ihrem Engagement für eine ganzheitliche, nachhaltige Entwicklung leiten lässt, ist das Prinzip des Gemeinwohls. „Das Gemeinwohl wünschen und sich dafür verwenden ist ein Erfordernis von Gerechtigkeit und Liebe“⁹. Im Hinblick auf den Aufbau einer gerechten Gesellschaftsordnung sagt Papst Benedikt XVI.: Die Kirche „kann und darf nicht sich an die Stelle des Staates setzen. Aber sie kann und darf im Ringen um Gerechtigkeit auch nicht abseits bleiben. Sie muß auf dem Weg der Argumentation in das Ringen der Vernunft eintreten, und sie muß die seelischen Kräfte wecken, ohne die Gerechtigkeit, die immer auch Verzicht verlangt, sich nicht durchsetzen und nicht gedeihen kann. Die gerechte Gesellschaft kann nicht das Werk der Kirche sein, sondern muß von der Politik geschaffen werden. Aber das Mühen um die Gerechtigkeit durch eine Öffnung von Erkenntnis und Willen für die Erfordernisse des Guten geht sie zutiefst an“¹⁰.
37. Ebenso mahnt er: „Die Kirche trägt Verantwortung für die Schöpfung und ist sich bewußt, daß sie diese auch auf politischer Ebene ausüben muß, um die Erde, das Wasser und die Luft als Gaben Gottes, des Schöpfers, für alle zu bewahren und vor allem um den Menschen vor der Gefahr der Selbstzerstörung zu schützen“¹¹. In diesem Sinne muss erneut die große Bedeutung der so reichen biologischen Vielfalt unseres Kontinents hervorgehoben werden, denn sie ist für ein gesundes Leben auf der Erde unverzichtbar. Dies müsste von den Ländern des Nordens gewürdigt werden.

⁹ Enzyklika „Caritas in veritate“ von Papst Benedikt XVI., 7

¹⁰ Enzyklika „Deus caritas est“ von Papst Benedikt XVI., 28a.

¹¹ Papst Benedikt XVI., Botschaft zur Feier des Weltfriedenstag (2010), 12.



CONSEJO EPISCOPAL LATINOAMERICANO
DEPARTAMENTO DE JUSTICIA Y SOLIDARIDAD

VERANTWORTUNGSVOLLER UND SORGSAMER UMGANG MIT DEN GÜTERN DER SCHÖPFUNG¹²

38. Gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Akteuren setzt sich die Kirche für eine Stärkung der ethischen Dimension in Politik und Wirtschaft ein. „Sie will der Gewissensbildung in der Politik dienen und helfen, daß die Hellsichtigkeit für die wahren Ansprüche der Gerechtigkeit wächst und zugleich auch die Bereitschaft, von ihnen her zu handeln, selbst wenn das verbreiteten Interessenlagen widerspricht.“¹³ Ohne die ethische Dimension ist eine ganzheitliche, solidarische und nachhaltige Entwicklung nicht möglich.
39. In Erfüllung ihres Auftrags, für Versöhnung und Einheit, für die Achtung der Würde eines jeden Menschen und für das Gemeinwohl einzutreten (vgl. LG 1), fördert die Kirche weiterhin einen offenen, transparenten Dialog zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren, die an Umwelt- und Sozialkonflikten beteiligt sind. So möchte die Kirche dazu beitragen, die Konflikteskalation zu stoppen, Gewaltausbrüche zu verhindern und gerechte, nachhaltige Lösungen für jeden Einzelfall zu finden.
40. Die Kirche ruft die Staaten auf, politische und rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen, mit denen die extraktiven Aktivitäten im Einklang mit internationalen soziokulturellen und ökologischen Standards geregelt, die Rechte der anliegenden Bevölkerung von Rohstoffvorkommen gewahrt und die Einhaltung der mit den Unternehmen geschlossenen Verträge überwacht werden.
41. Gleichzeitig fordert die Kirche den Staat auf, im Vorfeld die Durchführung von Konsultationen und Umweltverträglichkeitsstudien sicherzustellen, bevor er die Aufnahme einer extraktiven Tätigkeit jeglicher Art genehmigt. Nach den gesetzlichen Vorschriften der meisten lateinamerikanischen Länder müssen die Betreiber vor der Durchführung eines Abbauvorhabens eine Umweltverträglichkeitsstudie als Voraussetzung für die Erteilung der Konzession erstellen. Folglich sind die Umweltverträglichkeitsstudien Dokumente der an der Investition interessierten Kreise. Aus diesem Grunde muss die Umweltverträglichkeitsprüfung als öffentliche Aufgabe unparteiisch und nach international festgelegten wissenschaftlichen Kriterien wahrgenommen werden. Ebenso fordert die Kirche den Staat auf, die Bevölkerung angemessen über die Untersuchungsergebnisse zu informieren.
42. Darüber hinaus bittet die Kirche den Staat, Konsultationsprozesse in die Wege zu leiten und umzusetzen und so die Beteiligung der Vertreterinnen und Vertreter der von Abbauvorhaben betroffenen indigenen Völker und Gemeinden am

¹² Vgl. DA 471.

¹³ Enzyklika „Deus caritas est“, 28a.



CONSEJO EPISCOPAL LATINOAMERICANO
DEPARTAMENTO DE JUSTICIA Y SOLIDARIDAD

Entscheidungsprozess über die mögliche Durchführung solcher Projekte zu erleichtern.

43. An den Staat und die Bergbauunternehmen richtet die Kirche folgende Mahnung: „Es ist dringend notwendig, die Technik mit einer starken ethischen Dimension auszustatten“¹⁴ und „die Erforschung und Nutzbarmachung von Energien zu fördern, die das Erbe der Schöpfung bewahren und ohne Gefahr für den Menschen sind“¹⁵. Sie betont, dass dies die politischen und wirtschaftlichen Prioritäten sein müssen.¹⁶
44. Von den Bergbauunternehmen fordert die Kirche eindringlich, sozial und ökologisch verantwortungsvoll zu handeln, die geschlossenen Verträge einzuhalten, für die Sicherheit und Gesundheit ihrer Arbeitskräfte Sorge zu tragen und sie gerecht zu entlohnen. Dem Staat bleibt die grundlegende Aufgabe vorbehalten, zu überwachen, dass dies auch geschieht. Diese Aufgabe muss er auf der Grundlage der Unparteilichkeit, der fachlichen Genauigkeit und der Transparenz wahrnehmen.
45. Ebenso fühlt sie sich verpflichtet, bei den Unternehmern eine Ethik zu fördern, die sich auf die Prinzipien der kirchlichen Soziallehre stützt.
46. Die Kirche bekräftigt ihre Zusage, im Hinblick auf die vorherige Konsultation dahingehend unterstützend zu wirken, dass sie über ihre Radiosender und sonstige Medien umfassende, vielfältige und objektive Informationen zur komplexen Thematik der extraktiven Industrien sowie der damit verbundenen Nutzefekte und Risiken verbreitet. Die Kirche möchte so dazu beitragen, dass sich die Bevölkerung informieren, eine fundierte, kritische Entscheidung treffen und Alternativvorschläge formulieren kann, um auf der Grundlage von Argumenten und des Dialogs ihre Rechte zu verteidigen.
47. Die Kirche verpflichtet sich, „stärkere Anstrengungen (zu) unternehmen zur Verbreitung einer transparenten Politik und einer Bürgerbeteiligung, die den Schutz, die Bewahrung und die Erholung der Natur garantieren“ (DA 474 d). „Bei dieser Aufgabe sollten mit pastoraler Kreativität konkrete Aktionen entworfen werden, die sich auf die Sozial- und Wirtschaftspolitiken der Staaten auswirken, damit diese die verschiedenartigen Bedürfnisse der Bevölkerung berücksichtigen und zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen“ (DA 403). Deshalb unterstützt sie weiterhin die Zivilgesellschaft bei der Festlegung von Maßnahmen „zur Überwachung und gesellschaftlichen Kontrolle, damit in unseren Ländern internationale Umweltstandards angewendet werden“ (DA 474 e).

¹⁴ Ansprache von Papst Benedikt XVI. an die beim Heiligen Stuhl akkreditierten Botschafter, 9. Juni 2011.

¹⁵ Ebenda.

¹⁶ Vgl. ebenda.



CONSEJO EPISCOPAL LATINOAMERICANO
DEPARTAMENTO DE JUSTICIA Y SOLIDARIDAD

48. Die Kirche greift den Aufruf von Papst Benedikt XVI. auf, nach dem ein Gesinnungswandel notwendig ist, um rasch zu einem globalen Lebensstil zu gelangen, der die Einheit zwischen dem Menschen und der Natur respektiert; ohne ein solches Bündnis ist die Menschheitsfamilie in Gefahr zu verschwinden.¹⁷ In diesem Sinne verpflichtet sie sich, einen entschlossenen Beitrag zu diesem Gesinnungswandel zu leisten und eine kohärente Praxis zu entwickeln.
49. Die Kirche bekräftigt ihre Verpflichtung: „Als Jünger und Missionare im Dienst des Lebens stehen wir den indigenen und einheimischen Völkern bei, wenn sie ihre Identität und ihre Selbstorganisation sichern, wenn sie ihr Territorium schützen (...) und ihre Rechte verteidigen. Wir verpflichten uns auch dazu, durch Kommunikationsmittel und andere Möglichkeiten der Meinungsbildung in der Gesellschaft ein Bewusstsein für die indigene Realität und ihre Werte zu schaffen“ (DA 530).

Der Lateinamerikanische Bischofsrat (CELAM) wird sich für die Förderung des Dialogs mit den Bischofskonferenzen der USA, Kanadas und Europas über Fragen der extraktiven Industrien und des Auftrags der Kirche einsetzen. Sie wird die Koordination der pastoralen Bemühungen vorantreiben, die in dieser Hinsicht von der lateinamerikanischen Kirche bereits unternommen werden, und sie wird die solidarischen Bindungen zu den Seelsorgerinnen und Seelsorgern, den führenden Vertreterinnen und Vertretern sozialer Bewegungen sowie den Verteidigerinnen und Verteidigern der Menschenrechte vertiefen, die bedroht und verfolgt werden. Ebenso wird sie die bestehenden Beziehungen zum Päpstlichen Rat für Frieden und Gerechtigkeit intensivieren.

Darüber hinaus verpflichtet sich die Abteilung Gerechtigkeit und Solidarität des Lateinamerikanischen Bischofsrates, die Thematik und die im Rahmen des Seminars eingegangenen Verpflichtungen umfassend weiterzuverfolgen und die Überlegungen zu den verschiedenen thematischen Dimensionen auf der Grundlage der kirchlichen Soziallehre zu vertiefen.

Lima, Juni 2011

Mons. Pedro Ricardo BARRETO JIMENO, S.J.
Erzbischof von Huancayo - Perú
Präsident der Abteilung für Gerechtigkeit und Solidarität
CELAM – Lateinamerikanischer Bischofsrat

Übersetzung aus dem Spanischen: Beate Engelhardt

¹⁷ Vgl. Papst Benedikt XVI. in seiner Ansprache an die beim Heiligen Stuhl akkreditierten Botschafter, 9. Juni 2011.